



LAND BRANDENBURG



Polizeipräsidium
Land Brandenburg

Polizeipräsidium | Kaiser-Friedrich-Str. 143 | 14469 Potsdam

LSVD+ Verband Queere Vielfalt
Bundesverband
Almstadtstraße 7

10119 Berlin

Leitungsbereich
Kaiser-Friedrich-Str. 143
14469 Potsdam



Internet: www.polizei.brandenburg.de

Potsdam, 12. März 2025

Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von homosexuellen- und transfeindlicher Gewalt

Schreiben LSVD+ Bundesverband vom 28. Januar 2025

Sehr geehrte Henny Engels,

gemäß Ihrer Bitte wurde das Polizeipräsidium durch das Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg beauftragt, in Zusammenwirken mit der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg, Ihnen zu antworten.

Frage 1:

Zusammenarbeit mit (Opfer-) Beratungsstellen und LSBTIQ'-Selbstvertretungen:

Wurden in Ihrem Bundesland Strukturen für einen regelmäßigen Austausch geschaffen? Welche Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit wurden konkret ergriffen?

Zu Frage 1:

Begleitgremium Evaluierung, Fortführung und Weiterentwicklung Aktionsplan „Queeres Brandenburg“

Mit Beschluss vom 9. Juni 2016 (LT-DS 6/4295-B) hat sich der Landtag Brandenburg für die Etablierung eines „Aktionsplans für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie“ ausgesprochen. Dieser ist im Jahr 2017 in Kraft getreten und

zielt durch die Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen darauf ab, die Lebenssituation lesbischer, schwuler, bisexueller, trans- und intergeschlechtlicher sowie queerer Menschen hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Gleichstellung und Akzeptanz zu verbessern.

Im April 2022 begann mit der konstituierenden Sitzung des Begleitgremiums der Prozess der Evaluierung, Fortschreibung und Weiterentwicklung des Landesaktionsplanes. Der Bericht der Landesregierung wurde im April 2024 dem Landtag Brandenburg vorgelegt. Das Polizeipräsidium war neben Vertretern des Ministeriums des Innern und für Kommunales mit dem Ansprechpartner für LSBTI im Gremium und der Arbeitsgruppe „Gewaltprävention“ vertreten. Die Arbeit des Begleitgremiums und der entsprechende Austausch werden 2025 fortgesetzt. Der Ansprechpartner für LSBTI des Polizeipräsidiums wird weiterhin vertreten sein.

Durch den Ansprechpartner für LSBTI konnten Empfehlungen des Arbeitskreises „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ in den Erarbeitungsprozess des neuen Maßnahmenkataloges eingebracht werden, die auch ihre Berücksichtigung im Handlungsfeld 1 „Gewaltprävention und Antidiskriminierung“ fanden.

Im vorliegenden Bericht der Landesregierung zur Evaluierung, Fortschreibung und Weiterentwicklung des Aktionsplans „Queeres Brandenburg“ wurden unter dem Punkt 4.1.2 Vorschläge zur Weiterentwicklung und Fortschreibung eingereicht. So wird vorgeschlagen, dass ein jährliches Dialogforum zwischen Interessenvertretungen der LSBTIQ-Community, Opferberatungsstellen, zielgruppenspezifischen Beratungsstellen sowie der Polizei und der Justiz des Landes Brandenburg initiiert werden soll. Eine entsprechende Umsetzung ist in Planung.¹

Netzwerk der Brandenburger CSD- und Pride-Organisatorinnen und Organisatoren

Die Polizei des Landes Brandenburg ist mit dem Ansprechpartner für LSBTI in diesem Netzwerk vertreten.

Hauptsächlich geht es um folgende Problemfelder:

- Versammlungsanmeldung
- Kontaktaufnahme mit der Polizei
- Vorgespräche mit der Versammlungsbehörde
- Sicherheitsfragen während der Veranstaltung bzw. Versammlungslage

¹ Bericht der Landesregierung zur Evaluation, Fortschreibung und Weiterentwicklung des Aktionsplans „Queeres Brandenburg“ – 4.1. Handlungsfeld 1 „Gewaltprävention und Antidiskriminierung“ – Herausgeber MSGIV Land Brandenburg 2024

- Vorgehen bei Störungen

Ein intensiver Austausch wird gewährleistet. Der Ansprechpartner für LSBTI im Polizeipräsidium steht auch außerhalb der Netzwerktreffen als Vermittler zwischen den Organisatorinnen und Organisatoren zur Verfügung. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt und wird fortgeführt.

Netzwerk „Queeres Potsdam“

Durch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Potsdam wurde 2023 das Netzwerk „Queeres Potsdam“ ins Leben gerufen. In diesem Netzwerk sind alle Vereine, Organisationen und Projekte der queeren Community der Stadt Potsdam vertreten.

Der Ansprechpartner für LSBTI des Polizeipräsidiums nimmt regelmäßig an den Netzwerktreffen teil und steht im engen Austausch mit den teilnehmenden Vertretern der Community.

Durch die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wurde 2024 ein Antrag „Entwicklung eines integrierten Konzepts zur Prävention von Straftaten gegen Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung“ beschlossen. Der Ansprechpartner für LSBTI wirkt in enger Abstimmung mit der zuständigen Polizeiinspektion an der Ausarbeitung eines Maßnahmenkataloges für die Stadt Potsdam mit.

Beratungsstrukturen

Im Flächenland Brandenburg gibt es in den einzelnen Regionen einzelne Beratungsangebote. Der Ansprechpartner für LSBTI im Polizeipräsidium ist mit diesen eng vernetzt und steht für diese beratend zur Verfügung.

Projekte:

- AGNES – Antigewaltprojekt von und für LSBTIQ Rat & Tat vs. Kaffee e.V. (Potsdam)
- Fachstelle für geschlechtliche & sexuelle Vielfalt - Landesverband AndersARTIG e.V. c/o Regenbogenkombinat (Potsdam und Cottbus)

Einzelne regionale Beratungsangebote sind im Aufbau begriffen. Ein entsprechender Austausch und eine Vernetzung werden angestrebt.

Frage 2:

Einrichtung und Ausstattung von Ansprechstellen LSBTIQ* bei der Polizei:

Gibt es Ansprechstellen in Ihrem Bundesland, und falls ja, wie sind diese personell und organisatorisch ausgestattet?

Zu Frage 2:

Polizeipräsidium:

Mit der „Organisationsverfügung zur Einrichtung eines/r Ansprechpartners/in für Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (AP EGMF)“ des Polizeipräsidenten wurde dieser zum 01. Juli 2021 benannt.

Mit dieser Verfügung wurde der Ansprechpartner für LSBTI im Polizeipräsidium diesem Bereich zugeordnet. Die Funktion wird im Hauptamt wahrgenommen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde diese Funktion seit 2005 im Nebenamt versehen.

Der Bereich des AP EGMF ist dem Leistungsbereich des Polizeipräsidiums angegliedert.

Hochschule der Polizei:

An der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg wurde im Juni 2022 die Funktion eines Ansprechpartners für LSBTI eingerichtet. Dieser ist Ansprechpartner für alle Stammbediensteten sowie die Anwärterinnen und Anwärter. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt im Nebenamt.

Der Ansprechpartner des Polizeipräsidiums steht im ständigen Austausch mit dem Ansprechpartner der Hochschule der Polizei.

Frage 3:

Präventionsarbeit:

Welche spezifischen Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung von LSBTIQ*-feindlicher Gewalt wurden implementiert? Wie wird die Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen, wie zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bildungseinrichtungen gestaltet?

Zu Frage 3:

Der Ansprechpartner für LSBTI im Polizeipräsidium ist mit den verschiedenen Trägern von Hilfs- und Beratungsangeboten, die sich im Bereich der queeren

Szene im Land Brandenburg engagieren, eng vernetzt und steht mit diesen im stetigen Austausch. Gemeinsame Informationsveranstaltungen wurden bereits durchgeführt und sind weiterhin in Planung. Präventionsmaßnahmen werden miteinander abgestimmt. Mit diesen soll das Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und der queeren Community des Landes Brandenburg verbessert werden.

Seit November 2023 steht allen Bediensteten der Polizei des Landes Brandenburg der neu überarbeitete Opferschutzkompass mit umfassenden Informationen zum polizeilichen Opferschutz digital zur Verfügung. Dieser wurde unter Einbeziehung des Ansprechpartners für LSBTI mit Informationen zur Opfergruppe LSBTIQ erweitert und unterliegt einer regelmäßigen Aktualisierung.

Auf die Beantwortung der Frage 1 wird verwiesen.

Frage 4:

Fort- und Ausbildung der Polizei:

Inwieweit wurden Inhalte der polizeilichen Aus- und Fortbildung an die Handlungsempfehlungen angepasst?

Zu Frage 4:

Hochschule der Polizei:

Bereits im Jahr 2022 fanden Abstimmungen mit dem Ansprechpartner für LSBTI des Polizeipräsidiums sowie mit entsprechenden Partnern der Polizei Berlin und dem Ansprechpartner der Hochschule statt.

Aufgrund der Teilnahme an einer Auslandsmission war der Beamte von Dezember 2022 bis April 2024 nicht im täglichen Dienst an der Hochschule der Polizei tätig. Dennoch betreute er in diesem Zeitraum eine Bachelorarbeit mit dem Titel „Hasskriminalität gegen LSBTI – Lehrinhalte in Ausbildung und Studium der Polizei Brandenburg auf dem Prüfstand“.

Auf Grundlage der Forschungsergebnisse aus dieser Bachelorarbeit wird aktuell eine umfassende Integration von LSBTI-spezifischen Inhalten (Sensibilisierung, Grundlagen, Hasskriminalität, sowie die Einbindung in einzelne Module und Ausbildungsinhalte) in die Curricula von Ausbildung und Studium geprüft. Dabei wird der Ansprechpartner durch den LSBTI-Beauftragten des Polizeipräsidiums, die Autorin der Bachelorarbeit sowie die Hochschulleitung unterstützt. Ziel ist es, nicht nur punktuell aufzuklären und zu sensibilisieren, sondern einen nachhaltigen Ansatz zu entwickeln, der den Anforderungen des Polizeiberufs gerecht wird.

Weiterhin werden grundsätzlich in der Lehre im Rahmen der Ausbildung zum mittleren und im Studium zum gehobenen Polizeivollzugsdienst Gewaltstraftaten wie auch speziell die Straftaten aufgrund der sexuellen Orientierung aus der Perspektive der verschiedenen Fachdisziplinen beleuchtet. Der Umgang mit Diversität sowie jeglichen Opfern von Gewaltdelikten bildet innerhalb der Bildungsgänge einen Fokus. Diese Themen werden unter anderem im Strafrecht, in der Kriminologie, aber auch in den Trainings vermittelt. Die Anwärterinnen und Anwärter nehmen an insgesamt vier Modulen des Trainings sozialer Kompetenzen teil. Das erste Modul mit der Thematik „Selbst- und Fremdwahrnehmung“ legt einen Grundstein für ein Handeln mit demokratischem Selbstverständnis frei jeglicher Diskriminierung. Mit dem Thema „interpersonelle und interkulturelle Kommunikation“ im zweiten Modul werden sowohl soziale und kulturelle Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten als auch mögliche Herausforderungen im polizeilichen Kontext thematisiert und in unterschiedlichen Lebenssachverhalten trainiert.

Im Wahlpflichtmodul „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Polizeilicher Umgang mit Minderheiten und gesellschaftlichen Vorurteilen gegenüber Minderheiten“ des Bachelorstudiengangs werden im Rahmen von Exkursionen Netzwerkpartner innerhalb und außerhalb der Polizei vorgestellt. Diskriminierungserfahrungen, die öffentliche Wahrnehmung in Alltag und Medien sowie polizeiliche Handlungsstrategien sind unter anderem Themenschwerpunkte dieses Moduls. Hier unterstützt der Ansprechpartner für LSBTI im Polizeipräsidium mit Vorträgen zum Thema „Hasskriminalität – „Sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsbezogene Diversität“ im Land Brandenburg“.

Der Ansprechpartner für LSBTI des Polizeipräsidiums wird ebenfalls in die Weiterbildungsangebote der Hochschule der Polizei eingebunden. Zur Information aller Bediensteten der Polizei des Landes Brandenburg wird regelmäßig das Format der online-Informationsreihe „Lifehack Wissen“ genutzt. So fand am 22. November 2023 eine zweistündige Weiterbildungsveranstaltung in dem o. g. Format zum Thema „Umgang mit transidenten intersexuellen und nichtbinären Personen“ statt, in dem der Ansprechpartner für LSBTI des Polizeipräsidiums als Referent auftrat und zur Thematik informierte und sensibilisierte. Darauf aufbauend wurde am 21. August 2024 ein „Lifehack Wissen“ zur „Hasskriminalität gegen LSBTI“ wiederum mit dem Ansprechpartner für LSBTI des Polizeipräsidiums angeboten. Auch in dem Fachzirkel Opferschutz sowie in Weiterbildungen zu diesem Thema wird der Ansprechpartner für LSBTI des Polizeipräsidiums temporär einbezogen.

Zudem fanden bereits erste Gespräche für eine intensivere Zusammenarbeit bei der Ausgestaltung von themenbezogenen Weiterbildungsangeboten in 2025 mit dem Ansprechpartner für LSBTI der Hochschule der Polizei statt, die aufgrund der bereits erwähnten Auslandsmission noch nicht stattfinden konnte.

Polizeipräsidium:

Der Ansprechpartner für LSBTI bietet den Dienststellen im Polizeipräsidium verschiedenen Fortbildungsangebote zur Sensibilisierung im Umgang mit LSBTI an. Themen dieser Angebote sind „Christopher Street Day und Versammlungsrecht“, Hasskriminalität – „Sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsbezogene Diversität“ im Land Brandenburg“ oder „Das Selbstbestimmungsgesetz und der polizeiliche Umgang mit transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Personen“.

Die Fortbildungsangebote werden regelmäßig bedarfsgerecht angepasst und erweitert.

An der Justizakademie des Landes Brandenburg wird im Sommer 2025 ein Fachtag LSBTIQ in Federführung der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg durchgeführt. Der Ansprechpartner für LSBTI des Polizeipräsidiums wird hier unterstützend mitwirken.

Frage 5:

Statistische Erfassung und Dunkelfeldforschung:

Gibt es Fortschritte bei der Erfassung LSBTIQ*-feindlicher Straftaten sowie Maßnahmen zur Aufhellung des Dunkelfeldes?

Zu Frage 5:

Die Erfassung lsbitiq-feindlicher Straftaten erfolgt im Rahmen des bundeseinheitlichen „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) mit dem Oberthemenfeld „Hasskriminalität“; Unterthema „Sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsbezogene Diversität“. Alle als politisch motiviert eingestufte Straftaten werden grundsätzlich in den Staatsschutzdienststellen bearbeitet. Durch das Landeskriminalamt des Landes Brandenburg werden darüber hinaus alle politisch motivierten Delikte zentral bewertet und anschließend dem Bundeskriminalamt gemeldet. Dabei unterliegt der Meldedienst KPMD-PMK bundeseinheitlichen Richtlinien und mehreren Kontrollmechanismen.

Im Land Brandenburg ist in den vergangenen Jahren ein Anstieg der erfassten Straftaten im KPMD-PMK zu verzeichnen. In beiden genannten Themenfeldern

wurden zusammen 2022 32 Straftaten und 2023 51 Straftaten registriert.² Für das Jahr 2024 konnten durch den KPMD 84 Straftaten erfasst werden.³

Es ist im Vergleich zu den Vorjahren ein Anstieg der erfassten Straftaten erkennbar, welcher unter anderem auf ein verändertes Anzeigeverhalten der Geschädigten zurückzuführen sein könnte.

Durch die Aufnahme der Tatmotivmerkmale „geschlechtsspezifische“ sowie „gegen die sexuelle Orientierung“ im Rahmen der Reform des strafrechtlichen Sanktionsrecht im § 46 StGB, hat sich die Erkennbarkeit der Lsbtiq-feindlichen Straftaten als Hassdelikte ebenso verbessert.

Im Rahmen der Evaluation, Fortschreibung und Weiterentwicklung des Aktionsplans „Queeres Brandenburg“ wurden durch das Begleitgremium weiterführende Maßnahmen zur Dunkelfeldforschung empfohlen. In Federführung durch das Ministerium des Innern und für Kommunales soll im Rahmen einer landesweiten Studie zur Lebenssituation von LSBTIQ* Personen im Land Brandenburg das Dunkelfeld erforscht werden.⁴



² Polizeipräsidium des Landes Brandenburg - Bericht Politisch motivierte Kriminalität 2023 – Seite 10

³ Landtag Brandenburg Drucksache 8/575, Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 179 des

Abgeordneten Andreas Noack (SPD-Fraktion) – Straftaten gegen die „Sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsbezogene Diversität“ in Brandenburg

⁴ Bericht der Landesregierung zur Evaluation, Fortschreibung und Weiterentwicklung des Aktionsplans „Queeres Brandenburg“ – Pkt. 4.1.3. Empfehlungen des Begleitgrämiuns für weiterführende Maßnahmen – Herausgeber MSGIV Land Brandenburg 2024